

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt**, enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johannsgeorgensstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.  
**Verlag von C. M. Gärner, Aue, Erzgeb.**  
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Löbnitz (Vom Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 12.  
Druckanstalt: Volksfreund-Druckerei.

Wichtigste Nachrichten für die am Sonntag erscheinende Nummer bis vorläufig 9 Uhr in den Anzeigenschriften. Die Anzeiger für die Anzeiger der Anzeiger sind am Sonntagvormittag 9 Uhr in den Anzeigenschriften zu bringen. Die Anzeiger für die Anzeiger sind am Sonntagvormittag 9 Uhr in den Anzeigenschriften zu bringen. Die Anzeiger für die Anzeiger sind am Sonntagvormittag 9 Uhr in den Anzeigenschriften zu bringen.

Nr. 119.

Mittwoch, den 25. Mai 1921.

74. Jahrg.

In der Woche vom 23. bis 29. Mai 1921 werden auf die Marken F 46 (für Kinder unter 4 Jahren) und D 29 (für Personen über 4 Jahre) der Bezirkslebensmittellisten 125 g Weizengrieß zum Preise von 1.90 Mark für 1 Pfund ausgegeben.

Schwarzenberg, am 23. Mai 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

In dem Aufgebotsverfahren betr. die auf Blatt 61 des Grundbuchs für Zelle in Wt. III, Nr. 1 für Christian Friedrich Weich eingetragene Hypothek von 18 Thalern 11 Groschen 2 Pfennigen wird die Bekanntmachung in Nr. 117 dieser Zeitung dahin berichtigt, daß der Aufgebotsstermin

Dienstag, den 6. September 1921, vorm. 12 Uhr

Walden.

Aue, den 23. Mai 1921.

Das Amtsgericht.

**Aue.**

**Straßenperrung.**

Wegen Einlegung von Gasleitungen wird der Zwickauer Weg von heute ab bis 31. Mai 1921 für jeden Verkehr gesperrt.  
Aue, am 23. Mai 1921.

Der Rat der Stadt.

**Schwarzenberg.**

**Markenausgabe.**

Die Ausgabe der Brotmarken und Zuckermarken für die neue Versorgungsperiode erfolgt noch unterliegender Aufstellung.  
Donnerstag, den 26. Mai 1921,  
Dabei machen wir auf folgendes aufmerksam:

- a) Die Brotmarkenliste ist vorzulegen.
- b) Einwendungen wegen richtiger Ausbildung werden auf keinen Fall angenommen, wenn der Empfänger der Marken die Ausgabestelle verlassen hat.
- c) Personen, die ihre Marken am Ausgabestelle nicht abholen, erhalten diese am

Freitag, den 27. Mai 1921, nachm. 1/3-4 Uhr,

im Ernährungsamt und in den Verwaltungsstellen Wildenau und Neumühl gegen Zahlung einer Gebühr von 50 Pfg. für jede Markenliste.  
d) Die Marken werden nur an erwachsene Personen ausgehändigt.  
e) Das Ernährungsamt ist am Marken-Ausgabestelle geschlossen.  
f) Die Einteilung in der Aufstellung ist genau einzuhalten, andernfalls Zurückweisung erfolgt.

Schwarzenberg, am 23. Mai 1921.

Der Rat der Stadt. — Ernährungsamt.

**Aufstellung:**

- 1. Bezirk: Sitzungssaal des Rathsherrn
- 2 u. 3. : Ernährungsamt (Stadthaus I)
- 4. : Verwaltungsgebäude Gohweiler (554). 509
- 5. : Stehbarthe Neustädtel Hof
- 6. : Verwaltungsstelle Sachsenfeld
- 7. : Verwaltungsstelle Neumühl
- 8. : Verwaltungsstelle Wildenau.

**Ausgabezeiten:**

- 1., 4. und 5. Bezirk vorm. 8-12 Uhr,
- 2., 3. und 6. Bezirk nachm. 1-4 Uhr,
- 7. und 8. Bezirk vorm. 8-12 Uhr, nachm. 1-4 Uhr.

## Der Annaberg.

— I. Nach Wittermeldungen hatten sich schelndbar am vergangenen Sonntag die leitenden Kreise der Entente Stellen und der deutschen Wehrmacht auf einen gemeinsamen Säuberungsplan geeinigt. Als Frucht dieses Planes wurde der Annaberg den Polen entrissen. Ob es viel Mühe gemacht haben wird? Wer 1917 in Warschau die sich weit hinter der Front herumdrehenden Helden der polnischen Legion gesehen hat, die nie mit ihrer Ausbildung fertig wurden, wird die Frage verneinen.

„Die Weltung hatte ein englischer Major, so heißt es in der Breslauer Meldung weiter, den Unterbefehl über die deutsche Abwehrungsposition und den deutschen Selbstschutz führte Generalleutnant Söfer, ein geborener Oberschlesier und Sohn eines Oppelner Apothekers.“ Diese Nachricht ist nach verschiedenen Seiten hin von Interesse. Also irgend ein obskurer englischer Major „leitet“ und ein deutscher Generalleutnant, besonders qualifiziert als Oppelner Apothekerssohn, „führt“. Na ja, das deutsche Volk im allgemeinen und windige Zeitungsberichterstattung im besonderen vergessen allzeitlich ihrer Helden. Dieser Söfer ist nebenbei Ritter des Pour le mérite, das war in der Zeit, in der dann anderweitig Leuten wie dem berühmten Müller-Brandenburg, dem Schilling aller Sozialdemokraten und Demokraten, nämlich diese Majorsepauletten auf ihren Feldenshultern wuchsen. Gegen Herrn Müller schwebt ein Landesverratsverfahren, weil er als Chef der Thüringischen Landespolizei bei dem vergangenen Märzputsch mit den Kommunisten unter einer Decke gesteckt haben soll, und der einarmige Söfer stützt unterdessen den Annaberg.

Stützt ihn mit Abwehrungspositionen und deutschem Selbstschutz, leitet er aber als Freiwilliger, deren Anwerbung das Auswärtige Amt in einer vom „E. V.“ gesteuerten abgedruckten Note an die interalliierte Militärkommission diensteifrig als vollkommen unzulässig bezeichnet. Man kann schließlich den Standpunkt des Auswärtigen Amtes verstehen. Es muß alles tun, um die Franzosen — um diese allein handelt es sich, wie schon daraus hervorgeht, daß ein englischer Major „leitet“ — nicht zu reizen, sie könnten ja sonst die eben mit viel Mühe abgewendete Ruhebesetzung zum Erlaßnis werden lassen. Was man aber nicht verstehen kann, ist die Demütigung dieser deutschen Freiwilligen durch sozialdemokratische und demokratische Blätter. Für diese war es ein gefundenes Fressen, die Leute, die sich zur Befreiung Oberschlesiens zur Verfügung stellten, als mit „Satenkreuz und Edelweiß geschmückte Orgelschanden“ den Franzosen ans Messer zu liefern. Jemand ein Dresdener Eisenbahnbetriebsrat hing die Sache an die große Glocke und die genannte Presse filzte sich auf den „Fall“. Der Betriebsrat bekam zwar echt bayerisch die Fude voll gehauen, er und seine Nachschreier haben aber die Genehmigung, der Reichsregierung Schwierigkeiten bereitet und den Franzosen einen Anlaß gegeben zu haben, gegebenenfalls doch noch in das Ruhrgebiet einzurücken.

Wir glauben nicht, daß die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, deren Blut in Oberschlesien unter den Händen schwererwaffneter polnischer Würdenträger fließt, den Demütigungen und Dresdener Eisenbahnbetriebsräten zu besonderem Dank verpflichtet sind. Sie werden es vielmehr mit den Freiwilligen des deutschen Selbstschutzes halten, selbst wenn diese Satenkreuz und Edelweiß als Abzeichen tragen. Die interalliierten Besatzungstruppen haben entweder jämmerlich versagt, oder — wie die Franzosen — mit den Feinden der deutschen Landesleute gemeinsame Sache gemacht. Nichtig ist natürlich, wenn unter diesen Umständen Deutsche aus allen Gauen Deutschlands zu Hilfe eilen. Und wenn die Regierung unter dem Druck Frankreichs die Sozialwilligen perleuzen muß, so ist es trotzdem eine Schande, daß

irgendwelche Betriebsräte und Zeitungen dabei mit Sicherheit auch der Regierung unerwünschten Demütigungen als freiwillige Helfer auftreten.

Der Annaberg wird in der Geschichte als Zeichen deutscher Treue und Leiden auch des Verrats Deutscher an Deutschen fortleben.

## Ein Aufruf des Generals Hofer.

Berlin, 23. Mai. Der an die Spitze der zur Verteidigung ihrer Heimat bewaffneten deutschen Bevölkerung Obereschlesiens getretene General Hofer erläßt folgenden Aufruf:

Bandsleute, Kameraden! Dem Rotkäppel der Heimat bin ich gefolgt. Meine Liebe zur Heimat und ihr Vertrauen zu mir bezeichnen mich, zu euch zu reden. In heiligen Horn hebt ihr euch gegen polnische Blätter und Herrschaft zur Wehr gesetzt. Die Geduld über das maßlose Verbrechen, in das Korstantus Banden eure Brüder und Schwestern gestürzt haben, treibt euch zum Aufruhr. Ihr habt erkannt, daß das Leben nicht der Güter höchstes ist. Ihr kämpft um mehr als um euer Leben. Ihr kämpft um eure Heimat, um die Zukunft eurer Kinder, um deutsche Ehre und deutsches Recht. Die interalliierte Kommission hat nicht die Macht, sich gegen Korstantus wohlüberlegte Rebellion durchzusetzen. Wir wollen nicht dem Zustand der Gewalt, den Korstantus geschaffen hat, einen anderen Zustand der Gewalt nach unserem Willen entgegenstellen. Wir kämpfen in berechtigter Notwehr und wollen nur die Wiederherstellung der erschütterten Autorität der interalliierten Kommission, die Wiederherstellung des Friedens, den erst Korstantus unserm obereschlesischen Volke geraubt hat. Banne haben wir die höchste Beachtung der interalliierten Kommission und unserer Rechte durch die Rebellen mit angesehen. Wenn wir heute, zum Sprunge bereit, noch an uns halten, so geschieht es nur im Vertrauen auf den Gerechtigkeitsinn der Welt und in der Hoffnung, daß in wenigen Tagen im Rate der Mächte endlich die erlösende Entscheidung darüber fällt, wie der Autorität der interalliierten Kommission und dem Rechte der Oberschlesier wieder Geltung verschafft werden soll. Bandsleute, Kameraden! Bis dahin steht mit Gewehr bei Fuß bereit in Ordnung und Disziplin. Laßt euch durch keine polnische Grenzlinie zu Berechtigungsmachungen hinreißen. Eht das Eigentum eines jeden, sei er polnisch oder deutsch gesinnt. Zeigt euch würdig als Deutsche namens unserer guten und gerechten Sache. Vertraut mir. Ich lehne wie ihr den Augenblick herbei, wo wir zur Errettung unserer Brüder und Schwestern vorwärts rücken können. Dann werdet ihr mich wie einst in Deutschlands schweren Tagen wieder an eurer Spitze sehen.  
Gen. Hofer.

## Deutsch-französischer Notenwechsel.

Berlin, 23. Mai. Der französische Botschafter hat am 19. Mai nachstehende Note dem Reichsfeldanzler überreicht:

Berlin, 19. Mai. Herr Reichsfeldanzler! Eure Excellenz haben mit gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, welche das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern. Nach den mit zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Eindringen bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg unter dem Befehl von Anim vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Annäherung des Freikorps von Kulob bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Ratibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen. Die erste Maßnahme, welche diese Lage gebietet ist, ist strenge Wasperrung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abgrenzungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Eure Excellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der interalliierten Kommission die Aufgabe der Lebensmittelforschung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank aufgefördert wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu senden. Werden die verfallenen Löhne weiterhin zurückgehalten, so würde die Regierung sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederannahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, welche die Kommission zu unterdrücken gewillt ist.

Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Eure Excellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem vörschnlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist, und mit dem Wunsch, dazu beizutragen,

daß ein Herz von Unruhen ausgeht wird, der für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

## Die deutsche Antwort.

Hierauf ist dem französischen Botschafter heute eine Antwortnote angefertigt worden, in der es u. a. heißt:

Eure Excellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersahen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Uebertritt von nicht besetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet. Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, welchem die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen die polnischen Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenstoß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, welches der Verwaltung der interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen besagten Anordnungen hinaus aber Anweisung erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des besetzten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden.

Eure Excellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielmehr ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offensteht und tagtäglich der Uebertritt von polnischen Soldaten, sowie der Nachschub von Munition und Materialien jeder Art für die Insurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, welcher sich in den letzten Tagen ereignet hat. In dem noch im Nachbereich der interalliierten Kommission befindlichen Kreis Kreuzburg haben in der Nacht zum 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den drei Posten angegriffen. Auch hier mußte der anwesende britische Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher obereschlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte nur unter blutigen Verlusten abgewehrt werden, nachdem die eingedrungenen Polen in dem Dorfe Rastau ein Wehrt in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Eure Excellenz stelle ich mit Befriedigung fest, daß die interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist. Die Anarchie, von welcher in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, steht allerdings zurzeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der interalliierten Kommission die Verwaltung des blühenden Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat. Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederannahme der Arbeit, denn es handelt sich gar nicht um einen Zustand wirtschaftlichen, sondern um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Zustand bedeutet, unter Verletzung jeden moralischen Rechts die Verwahrlosung des obereschlesischen Volkes. Die Leiden, die die unglücklichen Bewohner von den mit grausamem Hofsimement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. Aus der großen Anzahl von unerhörten Vorfällen sei hier nur ein die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Angenreute Winkler und Tebbe in Friedrichshagen erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben die zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erschütterungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin wieder geschlagen wurden, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreiblichen Qualen der obereschlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Eure Excellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise, auch durch Lebensmittel und Geldleistungen die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die absolute Unmöglichkeit für die Gewähr, daß die Gelder oder Lebensmittel in die Hände der wirklich empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen.

Der Präsident der interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Machtbefugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen. Auch die von ihm ausgesprochenen Beschlüsse haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in unabhängige Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Dies zeigt sich deutlich z. B. bei der Hilfe der von General Lerond nach Oppeln gebetenen Deputation der Arbeitervertreter aus Rattowitz. Trotz der Bestimmung des französischen Kreiskontrollieurs Majors Colerou wurde die Abreise von den Polen zunächst überhaupt nicht gestattet. Die daraufhin von Major Colerou vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von den polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der schriftlich von dem polnischen Kreisrat von Rattowitz in polnischer Sprache unterzeichnete Ausweis war